

Bremer Sondermemorandum: Beschäftigungsprogramm statt Sparritual

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat ein Beschäftigungsprogramm über 150 Mrd DM und eine Steuerreform mit höherem Spitzensatz von 60 % gefordert. Statt eines prozyklischen Bundessparhaushaltes (-2,5% Ausgaben) wird ein mehrjähriges, ökologisch verträgliches Programm gefordert.

Rd. 80 Milliarden Mark sind dabei für einen Fonds „Arbeit und Umwelt“ vorgesehen. 35 Milliarden Mark sollen für den Ausbau der sozialen, ökologischen, wissenschaftlichen und kulturellen Dienstleistungen verwendet werden, 20 Milliarden in ein Sonderprogramm Ost fließen und 15 Milliarden für zusätzliche Arbeitsmarktpolitik vorbehalten sein. Nach Angaben der linken Ökonomen schlagen die vier Millionen Erwerbslosen in diesem Jahr mit gesamtwirtschaftlichen Kosten von 160 Milliarden Mark zu Buche. Daher wäre für sie eine Kreditfinanzierung ihres Programmes durchaus angebracht. Die Wissenschaftler räumen allerdings selbst eine „schockhafte Wirkung“ dadurch ein. Deshalb wollen sie nur die Hälfte - also 75 Milliarden Mark – durch neue Staatsschulden gedeckt sehen, davon 35 Milliarden durch zinslose Kredite der Bundesbank. Die andere Hälfte könnte durch Mehreinnahmen finanziert werden. Notwendig sei dazu eine Reform der Einkommensteuer, der Abbau von Subventionen und Vergünstigungen, eine stärkere Bekämpfung der Steuerhinterziehung, die Erhöhung der Vermögenssteuer sowie die Aktualisierung der Werte von Grund und Boden.

Tabelle 1: Prognosen für 1997

Institution		IfW	DIW	OECD	HWWA	EU	RWI	ifo
Stand (Monat/Jahr)		6/96	6/96	6/96	6/96	6/96	7/96	8/96
Privater Verbrauch		.	1,0	2,0	2,0	1,3	2,0	2,0
Staatsverbrauch		.	-0,5	1,4	1,0	0,0	1,0	0,0
Bruttoanlageinvestitionen		.	1,5	2,5	1,5	2,5	2,0	0,0
dav. Ausrüstungen		.	4,0	4,2	5,0	5,5	6,0	3,0
Bauten		.	0,0	1,4	-0,5	0,5	-1,0	-2,0
Vorratsveränderung (Mrd DM)		(.)	(25,0)	(.)	(24,5)	(.)	(20,5)	(26,5)
Ausfuhr		.	5,0	6,9	55,0	6,7	6,0	5,0
Einfuhr		.	3,0	5,9	5,0	4,8	4,5	4,0
Bruttoinlandsprodukt, real	D	2,6	1,5	2,4	2,0	1,8	2,5	2,0
	West	2,6	1,5	.	2	.	2,25	2,0
	Ost	3,5	1,0	.	1 1/2	.	2,75	2,0
Erwerbstätige	D	-0,1	0,0	0,2	0,0	-0,1	0,0	0,0
	West	-0,2	0,0	.	0,1	.	0,2	0,0
	Ost	0,4	-0,5	.	-0,8	.	0,0	0,0
Produktivität je Stunde	D	.	2,5	.	3,0	.	2,75	2,0
	West	.	2,5
	Ost	.	2,5
Registrierte Arbeitslose (Mio)	D	3,915	4,015	.	3,925	.	3,890	3,900
	West	2,790	2,810	.	2,700	.	2,690	2,720
	Ost	1,125	1,210	.	1,225	.	1,200	1,180
Arbeitslosenquote % ¹	D	.	10,4	10,4	10,2	9,4	10,1	10,1
	West	.	9,1	.	8,8	.	8,9	8,8
	Ost	.	16,0	.	16,1	.	15,2	15,6

¹ Wegen unterschiedlicher Konzepte nur bedingt vergleichbar

Nach: IAB, Bereich 2/Bach



Bei der Einkommensteuer wollen sie den Grundfreibetrag von gegenwärtig gut 12.300 Mark für Ledige (Verheiratete das Doppelte) auf 14.000 Mark anheben. Der Tarif soll von 19 % gleichmäßig bis zu einem Spitzensteuersatz von 60 % (verglichen mit heute rd. 57 % einschl. Solidaritätszuschlag) steigen. Dieser Höchstsatz wird in jedem Modell aber erst von 160.000 Mark Jahreseinkommen (Ledige) statt bislang 120.000 Mark erreicht. Darüber hinaus fordern die Alternativprofessoren die zügige Einführung einer Energiesteuer.

Entschieden widersprechen die Autoren des Memorandums der herrschenden Strategie, den Standort Deutschland durch Kürzungen der Sozialleistungen, Reallöhne und Steuern attraktiver zu machen. Diesem internationalen Unterbietungswettbewerb würden zunehmend auch SPD und Grüne beipflichten, beklagen sie. Dagegen fühlt sich die Arbeitsgruppe durch das Gutachten des Münchner Ifo-Instituts bestätigt, wonach weder die deutschen Lohnstückkosten noch die Unternehmenssteuern im internationalen Vergleich zu hoch seien.

Kritik wird auch an den Stabilitätskriterien der geplanten Europäischen Währungsunion geübt. Diese vertieften die Arbeitslosigkeit in Europa zusätzlich. Der Kern der aktuellen Wirtschaftspolitik sei die Förderung von Gewinnen und Reichtum, nicht aber von Beschäftigung.

Nach: Frankfurter Rundschau Nr. 211 vom 10.09.1996

